

Stadtrat verabschiedet Aufruf ans Land zum Bau der L 821n

Erwartungsgemäß hat der Stadtrat mit großer Mehr den Aufruf zum schnellstmöglichen Bau der L 821n als Entlastungsstraße für die Stadtteile Weddinghofen und Oberaden auf den Weg gebracht. Gegenstimmen gab es in der Ratssitzung am Donnerstag von den Grünen und BergAUF.



Aufforderung zum Bau der L 821n an der Kampstraße in Weddinghofen.

Mit diesem Aufruf werde den vom Verkehrslärm betroffenen Bürgern Sand in die Augen gestreut, kritisierte der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Jochen Wehmann. Landesverkehrsminister Michael Groschek habe im September vergangenen Jahres deutlich erklärt, dass es diesen

Straßenneubau in absehbarer Zeit nicht geben werde. Deshalb solle man sich mit dem Nein abfinden und umgehend nach anderen wirkungsvollen Möglichkeiten suchen, den Anliegern zu helfen. Die wirkungsvollste Lösung sei es, den Lkw-Verkehr über die Autobahnausfahrt Hamm/Bergkamen an der A 1 über die Industriestraße und Husemann-Straße zu lenken.

Ein wesentliches Argument für Werner Engelhardt (BergAUF) gegen den Bau der L 821n ist, dass nach der Fertigstellung andere Straßen und deren Anlieger belastet würden. Hier nannte er insbesondere die Erich-Ollenhauer-Straße. Dabei gestand er ein, dass er selbst auch zu den Betroffenen zählen würde.

Die CDU hatte den Aufruf zur L 821n auf die Tagesordnung des Stadtrats gebracht. In der Diskussion kündigte ihr Fraktionsmitglied Gerd Miller an, dass er gegen den Lärmaktionsplan für Bergkamen, der etwas später vom Stadtrat mit großer Mehrheit verabschiedet wurde, stimmen werde. In diesem Lärmaktionsplan sei zwar die Jahnstraße in Oberaden enthalten, nicht aber die L 664 (Schulstraße und Kampstraße) in Weddinghofen enthalten. Private Lärmmessungen von Anliegern der Kampstraße hätten ergeben, dass die Grenzwerte, bei denen Maßnahmen zum Lärmschutz ergriffen werden müssen, bei weitem überstiegen würden.

Die SPD rechnet offensichtlich damit, dass es aus Düsseldorf eine negative Antwort geben werde. Fraktionsvorsitzender Bernd Schäfer wies darauf hin, dass Groschek in einem Brief erklärt habe, dass für das Land die Sanierung maroder Straßen oberste Priorität habe und dass für den Neubau von Straßen kein Geld zur Verfügung stehe.

Ähnlich schätzt offensichtlich auch Bürgermeister Roland Schäfer die Lage ein. Trotzdem stimmte er für den Aufruf. Er rechnet damit, dass es sehr schnell eine Antwort aus dem Verkehrsministerium geben werde. Liege die Absage vor, müssen möglichst schnell über andere Maßnahmen mit dem Straßenbaulastträger Straßen NRW gesprochen werden.

Doch auch hier sind die Möglichkeiten vermutlich eher begrenzt. Nach den bisherigen Erfahrungen werde es mit Straßen NRW weder eine Gewichtsbeschränkung für Lkw noch ein Nachtfahrverbot geben, erklärte der 1. Beigeordnete Dr. Hans-Joachim Peters.

Übrigblieben dann neben passiven Lärmschutzmaßnahmen eigentlich nur eine Geschwindigkeitsbeschränkung. Bei einem Ortstermin hatten vor einigen Tagen Anlieger erklärt, dass Tempo 30, wie es auf der Lünener Straße in Kamen eingeführt werden soll, ihnen schon helfen würde. Vorausgesetzt natürlich: Die Brummifahrer halten sich daran.